

## Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes in Nürnberg

### **Mitteilung für die Presse**

(es gilt das gesprochene Wort)

**Grußwort der Schatzmeisterin der SPD,**

**Dr. Barbara Hendricks MdB,**

**am 9. September 2008,**

[im Karl-Bröger-Haus]

**in Nürnberg, Karl-Bröger-Straße 9**

Lieber Christian Vogel,  
sehr geehrter Herr Dr. Dieter Rossmeissl,  
lieber Dr. Ulrich Maly,  
liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste!

Unsere Partei ist älter als das bürgerliche Gesetzbuch, das am 1. Januar 1900 in Kraft tritt und erstmals ein Vereinsrecht für ganz Deutschland schafft. Jetzt wird zwischen dem eingetragenen und dem nicht eingetragenen Verein unterschieden. Die SPD, die zu diesem Zeitpunkt schon 36 Jahre bestand, wird ebenso wie z.B. die Gewerkschaften als nicht rechtsfähiger Verein klassifiziert.

Den eingetragenen Verein unterstellt das jetzt geltende Gesetz der Kontrolle des Staates. Er entscheidet über die Zulassung des Vereins. Das Gesetz erlaubt den Behörden, religiösen, politischen oder sozialpolitischen Vereinen die Zulassung zu verweigern. Die eingetragenen Vereine werden zudem der staatlichen Aufsicht über das Kassenwesen und die Vereinsführung unterstellt. Auf diese Weise war auch das neue Vereinsrecht ein Instrument der Unterdrückung.

Aus gutem Grund verweigerte sich mithin die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der möglichen nachträglichen Eintragung ins Vereinsregister. In der Folge entscheidet das Reichsgericht – im Übrigen ihm folgend der Bundesgerichtshof – , dass der nicht rechtsfähige Verein nicht grundbuchfähig ist. Der Partei ist es aus Rechtsgründen verwehrt, unmittelbar Eigentümerin ihrer Immobilien zu sein. „Strafe muss sein“, haben die obersten Richter sich dabei wohl gedacht.

Um sich einerseits dem staatlichen Druck nicht zu unterwerfen, andererseits aber Grundstücke erwerben zu können, muss der nicht rechtsfähige Verein, also auch die Sozialdemokratische Partei, über Treuhänder handeln. Der in Köln geborene August Bebel kommentiert dies am 29.11.1911: „Die sozialdemokratische Partei besitzt nicht die Rechtsfähigkeit, Geschäfte zu gründen oder zu führen.“ Verwalter und Treuhänder werden eingesetzt, „die die mit den Geldern der Partei gegründeten Geschäfte zu leiten und zu verwalten haben und verpflichtet sind, etwaige Vorerträge der Geschäfte an die Parteikas- se abzuliefern. Es ist also kein Privateigentum und Privateinkommen vorhanden“.

Um die Idee eines eigenen Hauses verwirklichen zu können, musste auch in Nürnberg ein Treuhänder für die Partei handeln.

Bereits 1874 wurde in Nürnberg die Einrichtung einer Genossenschaftsdruckerei beschlossen. Finanziert über Anteilscheine, erworben von den Genossinnen und Genossen unserer Partei, erwarb der Verlag Carl Grillenberger 1876 das Gebäude Waizenstrasse 12/14 (heute Karl-Grillenberger-Strasse) für eine sozialdemokratische genossenschaftlich organisierte Druckerei. Fortan erschien hier das Korrespondenzblatt mit dem Titel Neueste Nachrichten, das monatlich erschien und der Verbreitung unserer Ideen diente, die in der Presse des Kaiserreichs nicht stattfanden.

Auch nach dem Fall der Sozialistengesetze stießen die Ideen der Sozialdemokratie auf schroffe Ablehnung und staatliche, jedenfalls staatlich gedeckte Unterdrückung und Repression. Die etablierten bürgerlichen, liberalen und kirchlich geprägten Zeitungen gaben den Ansichten und Zielen der Sozialdemokraten keinen Raum. Allenfalls wurden Sozialdemokraten als Unruhestifter, Staatsfeinde, Gottlose, Umstürzler und vaterlandslose Gesellen diskriminiert und verteufelt. Die Sozialdemokratie sollte mundtot gemacht werden. Stellte eine dieser Zeitungen den Sozialdemokraten Platz zur Verfügung, so drohte diesen Zeitungen die Zensur oder gar das Verbot.

In dieser Situation baute als Verlags- und Druckereihaber der Sozialdemokrat Karl Oertel 1899 das Haus Luitpoldstraße 9, in das Verlag und Druckerei im September umzogen. Nach dessen Tod im gleichen Jahr übernahm die SPD Verlag und Druckerei und ließ sie im März 1900 als Offene Handelsgesellschaft Fränkische Verlagsanstalt Hermann Sydow u. Co ins Handelsregister eintragen und 1902 in Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G.m.b.H. umbenennen.

Damals hat die SPD an vielen Orten Unternehmen gegründet. Nicht zentralistisch von oben aufgesetzt, sondern von der Basis geschaffen, um der Unabhängigkeit willen – wie auch hier in Nürnberg.

Die sich organisierende Arbeiterbewegung stieß auf den härtesten Widerstand des Kaiserreichs. Ihre Organisationen werden überwacht und immer wieder verboten. Die bürgerliche Presse bekämpft die Sozialdemokratie und unterdrückt die Berichterstattung. Die staatlichen Behörden tun alles, um die Versammlungen der Sozialdemokraten, die freie politische Meinungsbildung und Meinungsäußerung zu verhindern. Sogar Versammlungsräume sind schwer zu finden, denn die Vermieter müssen Repressalien des Staates und Boykotte der bürgerlichen Gesellschaft fürchten.

Um sich dem staatlichen Druck nicht zu unterwerfen, um unabhängig zu sein, gründet die Nürnberger Partei einen eigenen Verlag, in dem die Fränkische Tagespost erscheint.

Nach einer Zwischenstation in dem neuen Druckereigebäude in der Breiten Gasse 25 / 27 entschließt sich die Partei, ein eigenes „Volkshaus“ mit Raum für ihre Druck- und Verlagsaktivitäten zu bauen.

Das Vorbild des Hauses lieferte die Sozialistische Partei Belgiens. 1895 gelang es ihr, das erste „Maison du Peuple“ (Volkshaus) nach dem Entwurf des bedeutenden Jugendstilarchitekten Victor Horta zu errichten.

Es ist ein Stück Gegenkultur, die nun hier ihren Platz findet. Die von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossene und gesellschaftlich diskriminierte Arbeiterbewegung schafft sich ihre eigene Welt, die mehr ist als ein Ort für die politischen Sekretariate der SPD, der Gewerkschaften und ihrer Tageszeitung. Die Versammlungsräume in der Regel mit Gastronomie bilden den Treffpunkt für die politischen Aktivitäten, doch daneben werden sie zur Heimstatt der Jugendorganisationen, der Theater- und Gesangsvereine, von Umfeldorganisationen, die sich aus der Arbeiterbewegung heraus gebildet haben, wie die Freidenker, der Arbeitersamariterbund, die Mitglieder starke Arbeitersportbewegung und die Arbeiterwohlfahrt, damals noch Teil unserer Parteiorganisation.

Nach jahrelanger Vorarbeit entstand unter Leitung des Geschäftsführers Emil Hallupp unser heutiges Büro- und Geschäftshaus. Die heutige Karl-Bröger-Straße hieß damals Ziegelgasse. Am 13. Oktober 1930 konnte die SPD seine Fertigstellung feiern. Der sechsstöckige Stahlbetonbau, entworfen von den Architekten Hans Müller und Karl Kröck war zu dieser Zeit das höchste und modernste Gebäude in Nürnberg. Vor allem die Neonsäulen und die Leuchtschrift erweckten Aufmerksamkeit. Es ist schön, dass ihr, lieber Christian, dieses Bild jetzt wieder herstellen könntet.

Die Arbeiterwohlfahrt ist noch heute ein wichtiger Ankermieter. Das Karl-Bröger-Haus dokumentierte nach seiner Fertigstellung den Willen der Arbeiterbewegung, die Welt zu ändern.

Im Jahr 1929 erreicht die wirtschaftliche Tätigkeit der SPD in ganz Deutschland ihren Höhepunkt: Es existieren 203 Zeitungen, in 140 Betrieben sind 8188 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, es gibt 128 Verlage mit 106 Druckereien und etwa 260 Buchhandlungen.

Die unbändige Wut, der Hass, der Vernichtungswille der Nationalsozialisten gegen alles Sozialdemokratische zerstört aber schon bald nach diesem Höhepunkt das von unseren Vorgängern Geschaffene.

Nach dem 30. Januar 1933, dem Tag der Übertragung des Reichskanzleramtes auf Adolf Hitler, bedroht der sich entfaltende NS-Terror sofort auch das sozialdemokratische Eigentum. Der Reichstagsbrand vom 27./28. Februar 1933 ist Anlass den Drohungen Handlungen folgen zu lassen. Mit wenigen Ausnahmen werden die SPD-Zeitungen durch die sogenannte Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ verboten, nach der Reichstagswahl vom 5. März trifft das Verbot dann die restlichen Zeitungen. Die ersten Betriebe werden gewaltsam besetzt. Der nationalsozialistische Terror trifft die Betriebe und ihre Beschäftigten mit äußerster Brutalität.

Am 9. März 1933 besetzen SA und SS-Horden die Räume der Konzentration AG in Berlin. Am selben Tag stürmen gegen 23.00 Uhr SA und SS das Druckereigebäude hier in Nürnberg. Etwa 300 SA und SS Leute besetzten das Gebäude. Im Hause befanden sich u.a. Wilhelm Riepekoehl und Richard Schramm, die noch in der Nacht in Schutzhaft kamen. Trotz der Schiessereien der SA und SS vor dem Gebäude sah die Polizei tatenlos zu.

Als sich die Schutzpolizei zurückzog, zerstörten die Nazis in der Nacht vom 12. März 1933 die Einrichtung. Die Druckmaschinen wurden mit Vorschlaghämmern zerschlagen und die Möbel, Akten und sonstigen Unterlagen auf die Straße geworfen. Die damals im Hause befindliche Buchhandlung wurde geplündert.

Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth beschlagnahmt am 10. Mai 1933 das Gebäude. Im Übrigen: 1936 wurde das Grundstück als Eigentum des Bayerischen Staates ins Grundbuch eingetragen. Dieser verkaufte die Immobilie für 50.000 Mark an die Fränkische Tageszeitung GmbH. Es gab auch immer Gewinner.

Das gesamte Vermögen der Partei war an diesem Tag Ziel der Beschlagnahme. In der Folge werden die sozialdemokratischen Unternehmen auf der Grundlage des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli des Jahres enteignet.

Das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – es wird zum damaligen Zeitpunkt auf ca. 60 Millionen Reichsmark geschätzt – wird durch den Preußischen Staat enteignet.

Jedoch: Das Ausmaß der Verfolgung, der unsere Genossinnen und Genossen unterworfen waren, ist heute kaum vorstellbar. Viele wissen nicht mehr, was damals geschah.

Es ist zu erinnern: In sieben Prozessen wurden seit Januar 1935, 68 Sozialdemokraten vor dem Oberlandesgericht in München angeklagt und verurteilt.

Die gefälltten Urteile beliefen sich auf insgesamt 57 Jahre und 9 Monate Zuchthaus und 71 Jahre Ehrverlust und 32 Jahre und 6 Monate Gefängnis. Gegen 36 Mitglieder der illegalen Organisation aus Nürnberg und Fürth - die meisten stammten aus Loher Moos - wurden in 2 Verfahren wegen Beihilfe und Vorbereitung zum Hochverrat unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt.

Das noch von den bürgerlichen Parteien 1933 zusammen mit den Nazis in der Berliner Krolloper - nach dem Reichstagsbrand tagte dort der Reichstag – beschlossene Ermächtigungsgesetz - schaffte dazu die Voraussetzungen.

Bei den Hochverratsprozessen - auch "Vorwärtsprozesse" genannt – erhielten, um nur einige Nürnberger Genossen zu nennen, Heiner Stöhr, Andreas Umrath, Ernst Walz, Josef Feldmeier, Johann Pröbß, Georg Munkert, Johann Böhmer, Johann Dillinger langjährige Zuchthausstrafen zwischen drei und sechs Jahren. Die Genossen Wolfgang Krodel, Heiner Ruff, Franz Haas, und Albert Böpple, Leonhard Weller, Arthur Schreyer, Hans Strobel, Anton Müller, Friedrich Windsheimer, Leonhard Kohl, Karl Pröbß, Georg Dorner, Johann Reibenwein, Johann Sperber, Paul Zöllner und Leonhard Übler wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Fast alle Genossen mussten nach ihren Jahrelangen Zuchthaus- und Gefängnisstrassen noch langjährige, furchtbare Jahre in Konzentrationslagern verbringen.

Beispielhaft erinnert sei an das Schicksal von Johann Pröbß: Nach Verbüßung seiner Zuchthausstrafe wurde er weitere 6 Jahre in Dachau und Flossenbürg inhaftiert und kam erst Anfang 1944 aus der KZ-Haft frei.

Kaum 5 Monate zu Hause, wurde er nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 erneut bis Ende 1944 in Dachau eingesperrt. Als Krankenhelfer in der Krankenbaracke eingeteilt, konnte er viele Genossen - darunter der Schwerekriegsbeschädigte frühere Reichstagsabgeordnete und 1. Nachkriegsvorsitzende der SPD Kurt Schumacher - persönlich betreuen.

Der Schlusssatz in dem Schutzhaftbefehl gegen Johann Pröbß lautete: "Pröbß ist ein Staatsfeind, bei dessen radikaler Einstellung damit gerechnet werden muss, dass er sich im Falle der Freilassung weiterhin staatsfeindlich betätigen wird. Er bildet somit eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung." Ausdrücklich ist vermerkt "Gegen die Verhängung der Schutzhaft steht dem Verhafteten kein Beschwerderecht zu."

Johann Prölß ist der Großvater, Karl Prölß der Onkel unseres Genossen Willy Prölß, des langjährigen Bürgermeisters und einzigen Ehrenbürgers der Stadt Nürnberg. Willy Prölß wird heute 78 Jahre alt. Er kann deshalb nicht bei uns sein. Gleichwohl von hier: Alles erdenklich Gute zu deinem Geburtstag, lieber Willy.

Bis zu ihrem Verbot im Juni 1933 war die Partei in Folge dieser Verbrechen nicht mehr handlungsfähig. Der Vorsitzende der "Kinderfreundebewegung" Hans Weinberger und dein Großvater, lieber Ulli, der junge Stadtrat Karl Maly versuchten noch von der Gartenstadt aus durch die Verteilung einer relativ unpolitischen Wochenschrift mit dem Titel "Blick in die Zeit" mit den Genossen im Stadtgebiet die Verbindung aufrecht zu erhalten. Am 30. Juni 1933 wurde Karl Maly wegen seiner Arbeit für die Ideen der Sozialdemokratie in Schutzhaft genommen.

Diese Zeit der Unterdrückung und Verfolgung ist Geschichte. Heute steht die SPD in der Mitte der Gesellschaft. Es gibt gleichwohl genügend Gründe an unsere Geschichte zu erinnern. Wir müssen uns nicht von den bürgerlichen Parteien belehren lassen. Unsere Mitglieder sind für ihren Kampf um die Demokratie und ihre Werte verfolgt, eingesperrt, gefoltert und nicht selten getötet worden. Wir haben als Einzige gegen die Ermächtigungsgesetze gestimmt, mit denen die Nationalsozialisten mit zustimmender Billigung der bürgerlichen, konservativen Parteien die Demokratie außer Kraft setzten, um in der Folge ihren Terror gegen uns, das Land und in ganz Europa zu entfalten.

Wir danken es diesen Genossinnen, Genossen und dem selbstlosen unermüdlichen Einsatz ihrer Nachfolger, dass das im Krieg zerstörte Gebäude wieder aufgebaut werden konnte. Auch nachdem am 30. November 1971 - nach 102 Jahren - die letzte Nummer der Fränkischen Tagespost erschien, blieb dieses Haus das Zentrum der fränkischen und Nürnberger Sozialdemokratie. 1997 wurde im denkmalgeschützten Haus das Karl-Bröger-Zentrum als Stätte der Begegnung eröffnet, in dem wir uns hier befinden.

Unsere Parteihäuser sind Stätten der Versammlung, Anlaufstellen für die Bürger und nicht zuletzt Wertanlage. Wenn wir diese Traditionen für die aktuelle Parteiarbeit nutzen, so leben wir unsere Geschichte.

Ich freue mich, auf ihren Vortrag, sehr geehrter Herr Dr. Rossmeissl.